

Info**service**

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:

Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis!

Liebe Genossinnen und Genossen,

zunächst einmal wünsche ich euch noch ein glückliches und gesundes neues Jahr 2012. Nun neigt sich die erste Sitzungswoche im neuen Jahr dem Ende zu und ihr haltet die erste Ausgabe von Sabines Woche 2012 in den Händen, aber verändert hat sich nicht wirklich viel: Die Regierung streitet mal wieder- zum Teil sehr heftig zur Finanztransaktionssteuer, Christian Wulff konnte seine Bonusmeilen nicht zwischen dienstlich und privat trennen und Fipsi, oh Entschuldigung, Philipp Rösler hat diese Woche den Jahreswirtschaftsbericht im Plenum präsentiert, zum ersten Mal mit Redemanuskript, was aber seine Rede auch nicht besser gemacht hat. Für mein Team und mich hat das neue Jahr mit einer Klausurtagung begonnen, in der wir uns für das Jahr 2012 aufgestellt und den Wahlkampf 2013 angedacht haben. WIR sind gut vorbereitet. Ach, könnte ich das doch auch mal über die Regierung sagen. Aber da muss ich wohl bis Herbst 2013 noch warten.... © Herzlichst eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus Platz der Republik 11011 Berlin

Wahlkreis

Betzdorf

Bahnhofstraße 19 57518 Betzdorf

Dierdorf Hauptstraße 9 56269 Dierdorf Telefon: (0 30) 22 77 74 32 Fax: (0 30) 22 77 64 44 sabine.baetzing-lichtenthaeler @bundestag.de

Telefon: (0 27 41) 2 54 54 Fax: (0 27 41) 2 74 61 sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk2.bundestag.de

Telefon: (0 26 89) 92 99 20 Fax: (0 26 89) 92 99 21 sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk.bundestag.de

Topthema

Transparenz - Wir machen ernst und gehen online!

Unsere Bundestagsfraktion geht neue Wege, um mehr Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Seit einigen Tagen können alle Interessierten auf einer neuen Dialogplattform im Internet aktiv an der Arbeit im "Projekt Zukunft - Deutschland 2020" mitwirken.

Im "Projekt Zukunft" arbeitet unsere Fraktion an Lösungen für drängende Modernisierungsfragen unseres Landes. Unser Ziel ist es, ein tragfähiges Zukunftskonzept für Deutschland zu entwickeln.

Wir haben den Anspruch, politische Vorschläge zu erarbeiten, die nicht nur gut klingen, sondern praxistauglich und umsetzbar sind. Wir bereiten uns auf Regierungsverantwortung vor. Und wir laden alle Interessierten ein, sich aktiv mit ihren Ideen einzubringen. Um möglichst vielen Menschen das Mitreden und Mitmachen zu ermöglichen, hat unsere Fraktion gemeinsam mit dem Verein Liquid Democracy eine neue Online-Debatten-Plattform gestartet. Auf Grundlage der Beteiligungs-Software "Adhocracy" interessierte Bürgerinnen und gesellschaftliche Gruppen, Organisationen und Fachleute Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge zu Positionspapieren der Projektgruppen unterbreiten oder Antworten und Vorschläge zu wichtigen Zukunftsfragen einbringen, kommentieren und abstimmen.

Unsere Fraktion ist damit die erste Fraktion im Bundestag, die eine Liquid-Democracy-Plattform im Internet betreibt. Viele Menschen erwarten angesichts der neuen Kommunikationsmöglichkeiten im Web 2.0, dass Politik transparenter wird und sich für neue Dialog- und Beteiligungsformate öffnet. Das wird auch unsere Demokratie ein Stück weit verändern.

Mit dem "Zukunftsdialog online" will die unsere Bundestagsfraktion neue Möglichkeiten erproben, politische Meinungsbildungsprozesse transparenter zu machen und eine neue Partizipationskultur im parlamentarischen Raum zu etablieren. Die Plattform ist erreichbar unter zukunftsdialog.spdfraktion.de

Europa

Demokratie - Kein Sonderweg für Ungarn!

In Brüssel ist Entschlossenheit gefragt. Ungarn entfernt sich in inakzeptabler Weise von den europäischen Grundwerten.

Nachdem die Europäische Kommission monatelang nur höfliche Mahnbriefe nach Budapest geschickt hat, macht sie nun endlich Ernst, um die nationalkonservative ungarische Regierung von ihrem Irrweg in die gelenkte Demokratie abzubringen.

Es wurde höchste Zeit, dass die Kommission ihre Rolle als Hüterin der Verträge und der europäischen Grundwerte entschlossen wahrnimmt und nun mehrere Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn in Gang setzt.

Die Verfahren der Kommission richten sich gegen drei kürzlich in Kraft getretene umstrittene Gesetze, die die Unabhängigkeit der Zentralbank, der Justiz und der Datenschutzbehörde einschränken. Der heutige Vorstoß aus Brüssel ist ein erster Schritt, doch nun müssen Taten und vor allem scharfe Sanktionen folgen:

Vertragsverletzungsverfahren dauern oft Jahre, bis endlich ein Urteil feststeht. Solange darf Europa nicht warten.

Schon beim nächsten EU-Gipfel am 29. Januar müssen auch Frau Merkel und die mehrheitlich konservativen Staats- und Regierungschefs ihren Parteifreund Orbán ins Gebet nehmen und den politischen und finanziellen Druck weiter erhöhen.

Was in Ungarn geschieht, darf den EU-Partnern nicht gleichgültig sein. Im Schatten der Schuldenkrise drohen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zur Disposition gestellt zu werden. Wer bei Verstößen gegen die Haushaltsdisziplin genau hinschaut, der darf auch nicht die Augen verschließen, wenn elementare Grundrechte und demokratische Spielregeln mit den Füßen getreten werden.

Wer Haushaltssünder sanktioniert, muss dies erst recht bei Demokratiesündern tun.



Umwelt

Erneuerbare Energien – Röttgen muss Rösler korrigieren!

Es vergeht keine Woche, ohne dass Bundeswirtschaftsminister Rösler eine neue Sau durch das Dorf jagt. Aktuell fällt er mit Äußerungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf:

Ginge es nach ihm, solle das EEG vollständig durch ein Quotensystem ersetzt werden. Das würde nichts anderes bedeuten, als dass das Erfolgsmodell mit einer garantierten Einspeisung und einer festen Vergütung Erneuerbarer Energien der Vergangenheit angehört. Die Energiewende wird so ausgebremst und mit ihr die technologische Vielfalt, mit der Deutschland sich als Weltmarktführer etablieren konnte.

Unsere Bundestagsfraktion erwartet von der Bundesregierung ein klares Bekenntnis zum EEG und zur Energiewende. Es ist an Bundesumweltminister Norbert Röttgen, der bislang als Verfechter des EEG aufgetreten ist, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Sein Haus ist in diesem Punkt federführend, auch wenn Herr Rösler sich gern als alleiniger Energieminister tituliert.

Rösler verstößt mit seiner Schlagzeile nicht nur gegen den schwarz-gelben Koalitionsvertrag, sondern auch gegen den FDP-Parteitagsbeschluss. CDU/CSU und FDP haben sich klar zum EEG samt festem Einspeisevorrang bekannt.

Dass Rösler mit seiner jüngsten Forderung Investoren, Hersteller und Handwerker verunsichert und erst recht eine Art Torschlusspanik anheizt, ist ihm offensichtlich gleichgültig.

Ein Quoten- beziehungsweise Mengenmodell, nach dem die Energieversorger verpflichtet werden, einen bestimmten Anteil ihres Strom aus Erneuerbaren Energien zu beziehen, kommt für unsere Bundestagsfraktion nicht in Frage. Vergleichbare Modelle in anderen Ländern haben gezeigt, dass der Umbau des Energiesystems ungleich schleppender und weniger ambitioniert vorangeht, eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger kaum gegeben ist und weniger Innovationsdruck und Technologievielfalt herrscht.

Gesundheit

Pflegereform - Mehr Geld allein reicht nicht!

Wir begrüßen Erhöhungen der Leistungen für Demenzkranke grundsätzlich. Aber die Pläne von Gesundheitsminister Bahr sind nicht ausgereift. Er bringt nicht den Mut auf, den Pflegebedürftigkeitsbegriff zu reformieren, der derzeit viel zu stark auf die körperlichen Gebrechen von Pflegebedürftigen ausgerichtet ist.

So müssen sich Demenzkranke auch künftig mit einem defizitären Begutachtungsverfahren begnügen, das den eigentlichen Pflegebedarf in Minuten erfasst.

Die Bundesregierung hat keinen Ansatzpunkt für eine umfassende Pflegereform, wie sie dringend notwendig wäre. Weder die Pflegeinfrastruktur und Pflegeberatung sollen ausgebaut werden, noch gibt es Pläne für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Pflegefachkräften.

Auch für den Bereich Prävention und Rehabilitation liegen keine Konzepte vor. Darüber hinaus fehlt ein Plan für eine nachhaltige Finanzierung der Pflegereform. Die Beitragserhöhung um 0,1 Beitragssatzpunkte wird nicht ausreichen, um die Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung langfristig sicher zu stellen.

Bonbon

"Es muss eine Partei geben, die selbst in einer schwieriger werdenden Lage bereit ist, Optimismus auszustrahlen."

(Philipp Rösler, FDP)

Naturschutz

Keine Patente auf Pflanzen und Tiere – Ohne Ausnahme!

Seit mehr als einem Jahr haben die Berichterstatter aller Parteien an einem gemeinsamen Antrag zu Biopatenten gearbeitet und nun hatten auch die Rechtspolitiker der Regierungskoalition ein Einsehen und haben grünes Licht gegeben.

Wir sind erleichtert, dass es nun endlich einen interfraktionellen Antrag gibt, der die Patentierung von konventionell gezüchteten landwirtschaftlichen Nutztieren und -pflanzen ausschließen soll. Gemeinsam wollen wir nach der Entscheidung zum Brokkolipatent im nationalen Patentrecht und der Biopatentrichtlinie klarstellen, dass keine Patente auf konventionelle Züchtungsverfahren, mit diesen gezüchtete landwirtschaftliche Nutztiere und -pflanzen sowie deren Nachkommen und Produkte erteilt werden können.

Das erst kürzlich erteilte Melonenpatent zeigt, dass weiterhin Produkte patentiert werden, die mit herkömmlichen Züchtungsverfahren erzeugt wurden.

Hier müssen wir dringend einen Riegel vorschieben, denn nur so können wir die Interessen der Verbraucher, Landwirte und Züchter schützen. Problematisch wird auch die Verabschiedung des Europäischen Gemeinschaftspatents.

Hier ist noch nicht gewährleistet, dass die in der Biopatentrichtlinie gegebenen Möglichkeiten bei der nationalen Ausgestaltung auch erhalten bleiben. Deswegen fordern wir in unserem Antrag die Bundesregierung auf, sich dafür entsprechend in Brüssel einzusetzen.

Zudem fordern wir, ein staatliches Biopatentmonitoring aufzubauen und einen Dialog mit den von Biopatenten betroffenen gesellschaftlichen Gruppen zu führen. Dies alles sind wichtige Punkte hin zu einer Änderung der Biopatentrichtlinie auch auf europäischer Ebene.

Zu den Forderungen, die die Koalition nicht mittragen wollte, gehört der Vorschlag, ein Prozesskostenhilfemodell vorzulegen, welches eine wirkungsvolle Interessenvertretung nicht nur öffentlicher Belange im Rahmen der Einspruchsverfahren vor den Patentämtern ermöglicht und das Finanzierungsmodell des Europäischen Patentamts zu prüfen, das sich zur Zeit durch die Einnahmen aus Gebühren der Patentanmeldungen finanziert. Diese und weitere Forderungen legen wir nicht zu den Akten, sondern werden sie wieder einbringen.

Europäische Union

Glückwunsch - Martin Schulz wird Präsident!

Wir gratulieren Martin Schulz zu seiner Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments. Es ist eine gute Nachricht, dass die EU an herausragender Stelle ein sozialdemokratisches Gesicht bekommt.

Martin Schulz steht für starke europäische Institutionen und gemeinsames Handeln als Kontrastprogramm zur aktuell praktizierten Gipfeldiplomatie der Staats- und Regierungschefs.

Es steht außer Frage: Martin Schulz ist einer der profiliertesten Europapolitiker und nicht zuletzt deshalb der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

Termine

21.01.12 18.45 Uhr Karne 22.01.12 11.00 Uhr Neuja 14.00 Uhr Neuja

Karnevalssitzung in Erpel Neujahrsempfang Melsbach Neujahrsempfang Dierdorf Sitzungswoche in Berlin

23.01.12 - 27.01.12 Sitzungswoche in Berlin 27.01.12 17.00 Uhr Klausur Kreistagsfraktion AK